

Die Saarwirtschaft zur Mitte des Jahrzehnts:

Wo steht sie, welche Perspektiven hat sie
und was ist zu tun?

Statements von IHK-Präsident Dr. Richard Weber und IHK-Hauptgeschäftsführer Volker Giersch

Herzlich willkommen zur Jahrespressekonferenz der IHK Saarland. Mehr als die Hälfte des laufenden Jahrzehnts – des ersten im neuen Jahrtausend – liegt inzwischen hinter uns. Für uns ist dies Anlass, Bilanz zu ziehen. Wir wollen fragen,

- wie sich die Saarwirtschaft seit Beginn des Jahrzehnts im Reigen der Bundesländer geschlagen hat,
- welche Aussichten für das laufende Jahr bestehen und wie die Perspektiven bis zum Ende des Jahrzehnts einzuschätzen sind?

Ein Fazit vorweg:

Die Saarwirtschaft hat in der ersten Hälfte des Jahrzehnts deutliche Fortschritte gemacht. Sie hat sich im Vergleich zur deutschen Wirtschaft insgesamt relativ günstig entwickelt. Bei den wichtigsten Wirtschaftsindikatoren rangiert unser Land inzwischen im oberen Drittel der Bundesländer oder zumindest auf einem guten Mittelfeldplatz. In einigen Bereichen – etwa beim Wachstum und bei der beruflichen Ausbildung - haben wir deutlich Boden gut machen können.

Allerdings: Das vor uns liegende **Jahrfünft** wird aus unserer Sicht deutlich **schwieriger**. Wir werden uns im Land erheblich anstrengen müssen, wenn wir bei Wachstum und Beschäftigung den Anschluss an die Bundesentwicklung halten wollen.

Für das **laufende Jahr** rechnen wir im Saarland – nach einem eher verhaltenen Start - mit einer **Wachstumsrate** von **ein bis zwei Prozent**. Das ist zwar deutlich weniger als im vergangenen Jahr, aber immer noch beachtlich – vor allem angesichts des relativ hohen Wachstums in den beiden Vorjahren.

Ein nachhaltiger Beschäftigungsaufbau ist weiterhin nicht in Sicht. Dafür ist das Wachstum zu schwach. Allerdings sehen wir gute Chancen, dass sich der **Abbau von** (sozialversicherungspflichtigen) **Arbeitsplätzen** deutlich verlangsamen wird. Bei günstiger Entwicklung könnte er im Jahresverlauf sogar gänzlich **zum Stillstand** kommen.

Nachteilig für die Beschäftigung wirkt sich die geplante Mehrwertsteuererhöhung aus. Die Unternehmen wissen, dass sie das Wachstum im kommenden Jahr fühlbar dämpfen wird und verhalten sich bei ihren **Personaldispositionen** entsprechend **vorsichtig**. Ablesbar ist das schon jetzt an der Zunahme von **befristeten** Arbeitsverhältnissen und von **Zeitarbeit**.

Insgesamt hängt die weitere Entwicklung im Saarland entscheidend davon ab, was in der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik auf Bundesebene geschehen wird. Die große Koalition hat zwar für die zentralen Baustellen Arbeitsmarkt, Unternehmenssteuern und Sozialversicherungen Reformkonzepte angekündigt. Die Inhalte dieser Konzepte sind bisher aber nur vage erkennbar. Nach allem, was zu hören und zu lesen ist, werden die Reformen eher halbherzig ausfallen und in ihrer Wirkung nicht ausreichen, die Wachstumskräfte in Deutschland – und damit auch im Saarland - nachhaltig zu stärken.

Ich möchte deshalb nochmals kurz umreißen, was wir von der Bundespolitik erwarten. Aus unserer Sicht sollte die Koalition folgende sieben Reformprojekte möglichst noch in diesem Jahr anpacken.

Erstens brauchen wir eine spürbare **Lockerung des Kündigungsschutzes**: Er sollte künftig nur in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten sowie generell erst nach drei Jahren Betriebszugehörigkeit gelten. Bei Neuverträgen sollte es grundsätzlich möglich sein, den Kündigungsschutz durch Abfindungsregeln zu ersetzen.

Zweitens brauchen wir eine **rechtliche Absicherung von betrieblichen Bündnissen für Arbeit**. Es muss künftig möglich sein, auf Betriebsebene – ohne Vetorecht der Tarifparteien – Vereinbarungen über Löhne und Arbeitszeiten zu treffen, die vom Tarifvertrag abweichen und Beschäftigung sichern.

Drittens ist es geboten, die **Beiträge zur Sozialversicherung** stärker als bisher geplant zu senken. Die aus der höheren Mehrwertsteuer fließenden Einnahmen sollten deshalb ganz überwiegend zur Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt werden.

Viertens sollte die Finanzierung der gesetzlichen Pflege- und Krankenversicherung nachhaltig vom Arbeitseinkommen abgekoppelt werden. Konkret: Beide Systeme müssen durch **einkommensunabhängige Prämien** finanziert werden.

Fünftens muss Deutschland bei den Unternehmenssteuern im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiger werden. Die Gesamtbelastung muss spürbar unter 30 Prozent sinken; die **Gewerbesteuer ist abzuschaffen**.

Nötig ist auch die Neuregelung der betrieblichen **Erbschaftsteuer**: Bei Betriebsübernahmen sollte die Erbschaftsteuerschuld nach zehn Jahren auf Null abschmelzen.

Sechstens sollten die **Bürokratiekosten**, die durch staatliche Regelungen und Verpflichtungen in der Wirtschaft anfallen, bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode um mindestens 25 Prozent gesenkt werden.

Siebtens brauchen wir ein **energiepolitisches Gesamtkonzept**, das alle verfügbaren Energieträger einschließt, politische Sonderlasten begrenzt und für mehr Wettbewerb sorgt. Wir brauchen gleichermaßen Versorgungssicherheit wie wettbewerbsfähige Preise.

Sieben Reformpunkte, die nötig sind. Dass viele davon nicht neu sind, zeigt nur, wie viel Zeit wir schon verloren haben. Für die Wirtschaft gilt deshalb die Devise: Ungeduld ist erste Bürgerpflicht.

Auf eines sollten wir dagegen noch lange verzichten – die Einführung eines gesetzlichen **Mindestlohns**. Heute sind 1,3 Millionen Menschen für einen Lohn unter sechs Euro beschäftigt. Ein Mindestlohn in dieser Höhe würde einen Großteil dieser Arbeitsplätze gefährden. Wir würden die Arbeitsplatzprobleme der Geringqualifizierten weiter verschärfen statt sie zu lösen. Deshalb: **Finger weg vom Mindestlohn**.

Soviel zur Bundespolitik. Lassen Sie mich nur noch hinzufügen: Ich bin der festen Überzeugung, dass es uns mit einer wachstumsorientierten Wirtschafts- und Standortpolitik durchaus gelingen kann, in den kommenden Jahren auf einen Wachstumspfad von zwei bis drei Prozent einzuschwenken. Das wäre dann auch ein Umfeld, in dem das Saarland eine höhere Dynamik bei Wachstum und Beschäftigung entfalten könnte.

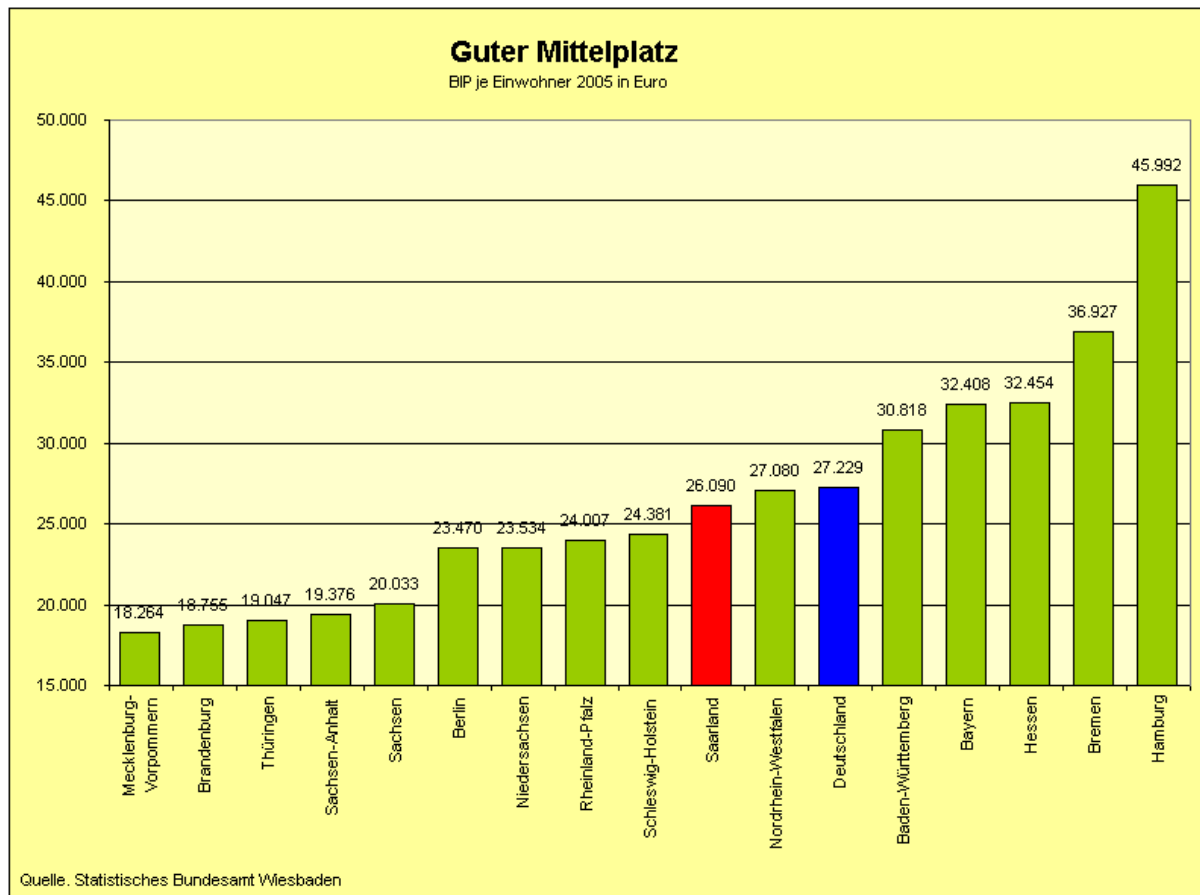
Und damit wieder zurück zum Saarland. **Herr Giersch** wird Ihnen jetzt anhand einiger Charts erläutern, wo die Saarländische Wirtschaft zur Mitte des Jahrzehnts steht und wie wir die weiteren Aussichten einschätzen.

Beim Wirtschaftswachstum Zweitbester

In den sechs Jahren von 2000 bis 2005 wuchs das Bruttoinlandsprodukt an der Saar preisbereinigt um **10,3 Prozent**, im **Bund** dagegen nur um **6,8 Prozent**. In vier dieser sechs Jahre war das Wachstum an der Saar höher als im Bund. Im Ranking aller Bundesländer erreichte das Saarland – hinter Bayern, aber vor Baden-Württemberg – einen hervorragenden **zweiten Platz**. Dies zeigt: Die Zeiten des Zweidrittelwachstums, die unserem Land noch bis in die 90er Jahre hinein zu schaffen machten, sind vorerst vorbei. Aus dem Wachstumsrückstand des Landes ist – zumindest im vergangenen Jahrfünft – ein beachtlicher Wachstumsvorsprung geworden.



Beim **Bruttoinlandsprodukt pro Kopf**, das üblicherweise als Wohlstandsindikator herangezogen wird, liegt das Saarland auf dem **siebten Rang** – hinter den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie hinter Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, aber vor Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sowie den neuen Ländern.

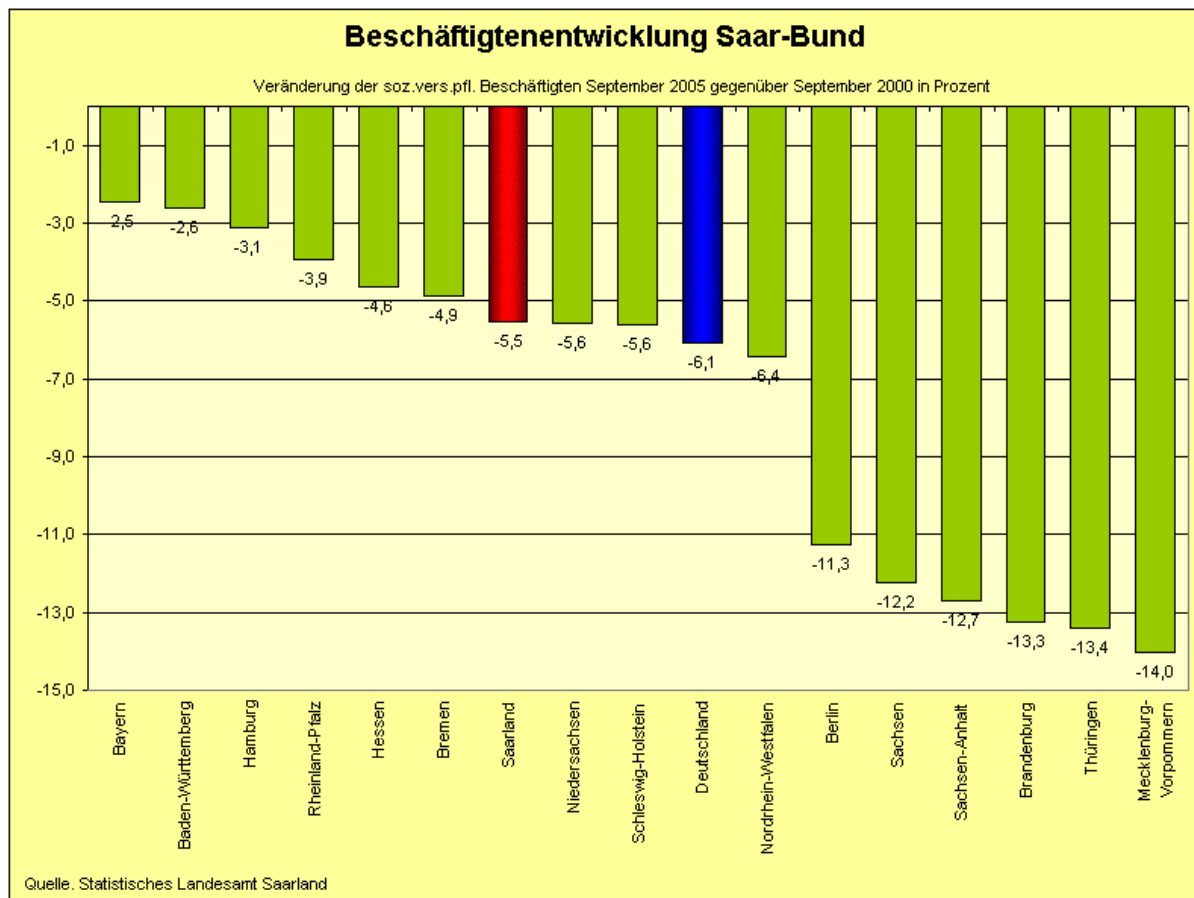


Etwas geringere Arbeitsplatzverluste

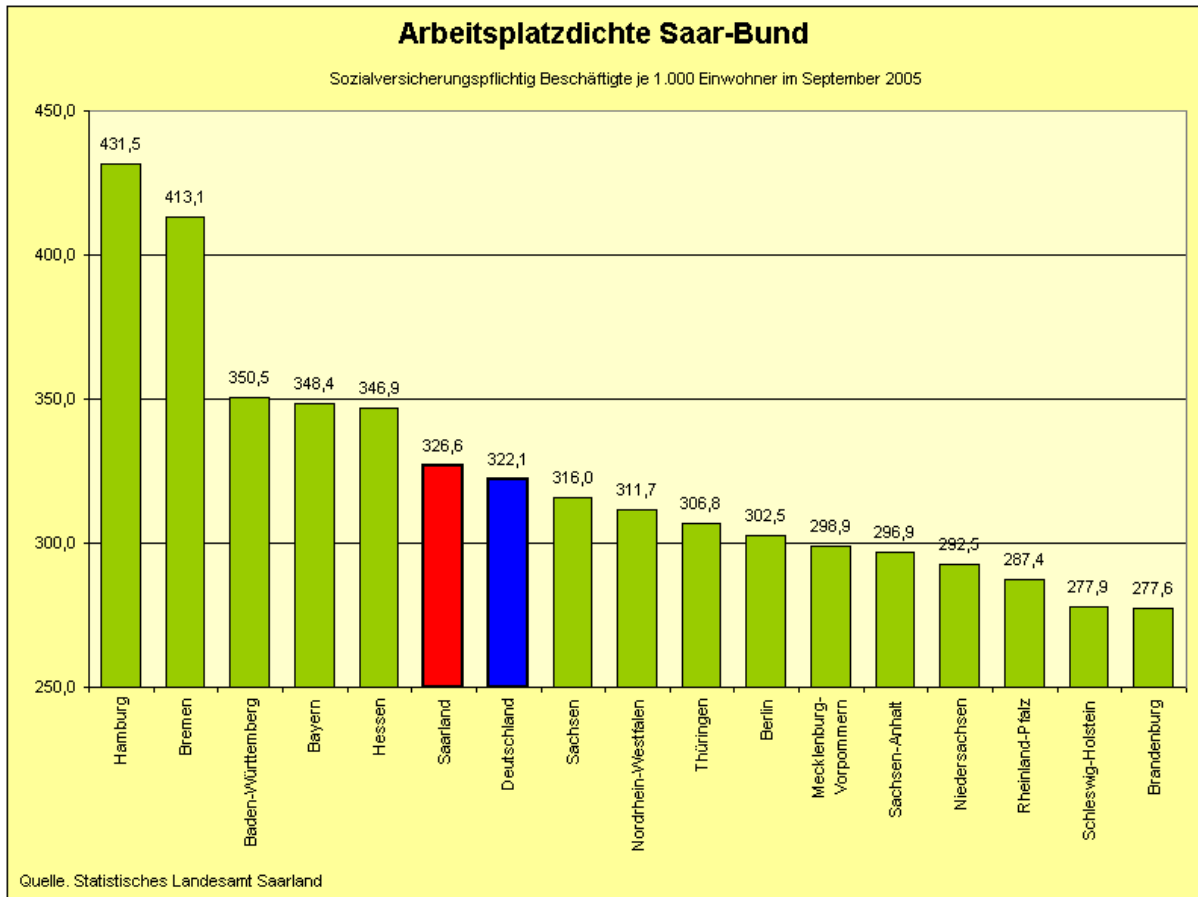
Im Bund wie an der Saar gingen in den zurückliegenden Jahren zahlreiche Arbeitsplätze verloren. Über alle Branchen gerechnet summierte sich der Abbau an **sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Saarland** von September 2000 bis September 2005 auf über 15.000 Arbeitsplätze. Aber dieser **Rückgang** fiel mit **5,5 Prozent** etwas geringer aus als in den meisten anderen Bundesländern. **Bundesweit** beträgt das Minus **6,1 Prozent**.

Ungünstiger war dagegen die Beschäftigtenentwicklung in der **Industrie** – zumindest auf den ersten Blick. Im Saarland gingen von Januar 2000 bis Januar 2006 knapp **10.000 Industriearbeitsplätze verloren**. Dieser Rückgang von 9,3 Prozent liegt deutlich über der Verlustrate von 7,2 Prozent im Bund. Er ist allerdings **zu fast der Hälfte durch den Bergbau** bedingt: Allein in diesem Bereich sind seit der Jahrtausendwende fast **4.500 Arbeitsplätze** abgebaut worden. Betrachtet man die

Industrie ohne Bergbau, d. h. das **Verarbeitende Gewerbe**, dann schneidet das Saarland mit minus 5,7 gegenüber minus 6,8 Prozent im Bund **etwas günstiger** ab.

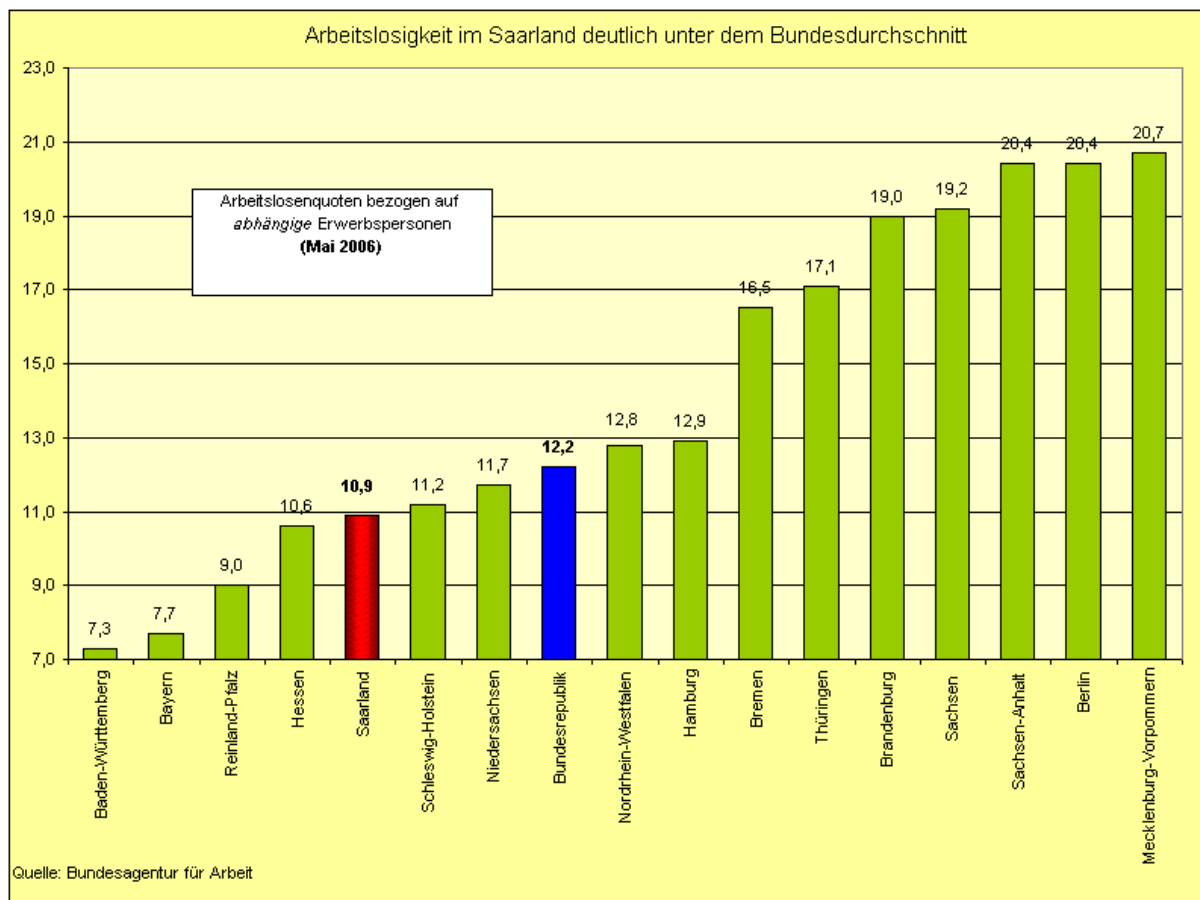


Bei der **Arbeitsplatzdichte** konnte sich das Saarland im Länderranking deutlich verbessern. Gegenwärtig gibt es an der Saar mehr Arbeitsplätze je 1.000 Einwohner als im Bund (Saarland 326, Bund 322). Im Reigen der Bundesländer belegt das Saarland heute einen **guten sechsten Platz**. Zur Jahrtausendwende lag es noch auf Platz zehn.



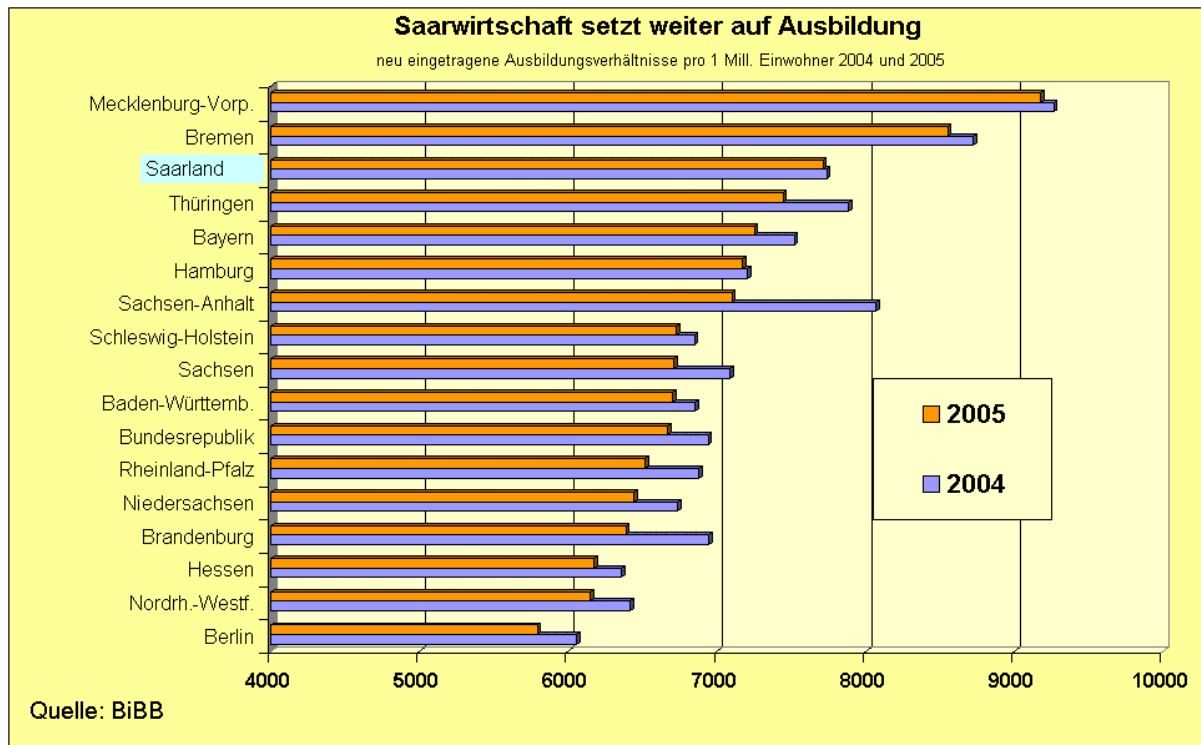
Arbeitslosigkeit unter dem Bundesschnitt

Deutlich verbessern konnte sich das Saarland auch bei der Arbeitslosigkeit. Zu Beginn des Jahrtausends belegte es noch den neunten Platz in der **Arbeitslosenstatistik**. Heute steht es auf dem **fünften Rang**. Nur Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen haben zurzeit eine geringere Arbeitslosenquote als das Saarland. Absolut gesehen sind die Arbeitslosenquoten sowohl an der Saar (10,9 Prozent) als auch im Bund (12,2 Prozent) noch immer viel zu hoch.



Spitzenreiter in der beruflichen Ausbildung

Das Saarland war im vergangenen Jahr in der beruflichen Ausbildung Spitzenreiter. Als einziges der 16 Bundesländer weist es bei den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen einen nennenswerten Zuwachs auf (Saarland: plus 1,6 Prozent, Bund: minus 2,2 Prozent). Bei der Ausbildungsplatzdichte (Ausbildungsplätze je 1.000 Einwohner) liegt das Saarland bundesweit an dritter Stelle. Nimmt man nur die **westdeutschen Flächenländer**, dann belegt es sogar den **ersten Platz**.



Wachstumstreiber Auto und Stahl

Das Saarland ist weiterhin ein Industrieland. Der Industriebesatz (Industriebeschäftigte je 1.000 Einwohner) liegt mit 122 immer noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 105, der Dienstleistungsbesatz mit 203 ebenso deutlich darunter (Bund: 213).

Innerhalb der einzelnen Industriebranchen verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich:

- Der Bergbau hat zunehmend an Gewicht eingebüßt. Seit Beginn des Jahrzehnts gingen 40 Prozent der Arbeitsplätze verloren.
- Die beiden Saalhütten konnten vom weltweiten Aufschwung am Stahlmarkt überdurchschnittlich profitieren. Sie haben im vergangenen Jahr fünf rund 100 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Das ist ein Zuwachs von 1,1 Prozent.

Bundesweit ging die Beschäftigung in der Stahlbranche um knapp sechs Prozent zurück.

- Das Herz der saarländischen Wirtschaft schlägt aber heute mehr denn je im Fahrzeugbau. In diesem Bereich sind derzeit rund 24.000 Menschen beschäftigt. Damit stellt der Fahrzeugbau inzwischen mehr als jeden vierten Industriearbeitsplatz in unserem Land. Bundesweit ist es nur jeder siebte. Bei der Beschäftigung erreichte die Branche an der Saar einen Zuwachs von 23 Prozent (zum kleineren Teil infolge von Branchenumgruppierung), im Bund waren es „nur“ knapp drei Prozent.
- In allen anderen Branchen wurden mehr oder weniger Arbeitsplätze abgebaut. Am günstigsten war die Entwicklung noch in jenen Branchen, die für die Automobilindustrie produzieren, also bei den Gießereien, der Gummi- und Kunststoffindustrie oder auch im Maschinenbau.

Fazit: Die positive **Industrieentwicklung** der vergangenen Jahre resultiert nicht aus einer besseren Entwicklung in der Mehrzahl der Branchen, sondern vor allem aus temporär sehr günstigen Entwicklungen in zwei Kernbranchen – im Fahrzeugbau und in der Stahlindustrie. Beide Branchen zeichnen sich im Saarland durch ein relativ hohes Strukturgewicht aus. Sie haben die Gesamtentwicklung entsprechend stark geprägt.

Insgesamt ist die Saarindustrie heute gut aufgestellt. Sie hat quer über alle Branchen an Innovationskraft gewonnen und ihre Wettbewerbsposition weiter gefestigt. Das zeigt unter anderem ihr Erfolg auf internationalen Märkten: Seit Beginn des Jahrzehnts hat sie ihre traditionell schon hohe Exportquote nochmals um rund fünf Prozentpunkte steigern können. Mit knapp 45 Prozent liegt sie deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 40,6 Prozent. Im Ranking der Bundesländer liegt unser Land auf dem fünften Platz.

Zuwächse in den Technologiebranchen ...

Aber auch außerhalb der Industrie haben sich einige Wirtschaftszweige gut entwickelt. Vor allem solche mit überregionalem Absatz – etwa die **IT-Branche**. Im Zuge des Internet-Booms erreichte der Beschäftigtenstand im **Jahre 2002** mit 6.500 Personen seinen bisherigen **Höchststand**. In den Folgejahren 2003 bis 2005 ging die Beschäftigung dann aber wieder um elf Prozent zurück. Gegenwärtig beschäftigt die Branche rund 5.800 Personen. Zeitgleich mit dem Beschäftigungsabbau hat sich auch der Schwerpunkt der Branche verschoben. Er liegt heute weniger in der Entwicklung und Vermarktung eigener Software-Produkte als in der Implementierung von Systemen und im Consulting.

Noch in den Kinderschuhen steckt die **Nano-Branche**. Begünstigt durch das günstige Forschungsumfeld sind im Saarland in den vergangenen Jahren zwar zahlreiche Unternehmen auf diesem Gebiet gegründet worden, vor allem als Spin-offs aus Forschungseinrichtungen. Das **Branchengewicht** ist mit rund 200 bis 250 Beschäftigten allerdings noch recht **gering**.

... und im Finanzgewerbe und bei den unternehmensnahen Dienstleistern

Positive Entwicklungen gab es gegen den Bundestrend im Kredit- und Versicherungsgewerbe (Saar: + 1 Prozent, Bund: - 3,4 Prozent). Auch die unternehmensnahen Dienstleister konnten zulegen – allerdings weniger stark als bundesweit (Saar: 7,4 Prozent; Bund: 14 Prozent).

Eine **negative Beschäftigungsbilanz** verzeichnen der **Handel** und die **Bauwirtschaft**. Die Arbeitsplatzverluste fielen in beiden Branchen allerdings geringer aus als bundesweit: Im Handel sank die Beschäftigung um gut vier Prozent (Bund: sechs Prozent), auf dem Bau um über 21 Prozent (Bund: 30 Prozent).

Sie sehen: Unser **Fünfjahres-Rückblick** zeigt **mehr Licht als Schatten**. Wir haben dieses Ergebnis auch in einer **Tabelle** „Das Saarland im Standortranking“ zusammengefasst. Sie zeigt, welchen Platz wir zurzeit bei wichtigen Indikatoren einnehmen und wie sich unser Land seit der Jahrtausendwende im Vergleich zu den anderen Ländern entwickelt hat. Insgesamt verdeutlicht das Tableau, dass wir beachtliche Fortschritte gemacht haben. Wir belegen in einem breiten Mittelfeld einen der vorderen Plätze – so könnte man das Ergebnis passend zur WM kommentieren.

Das Saarland im Standortranking

Niveauevergleich				
	Saarland	Bund	Rangplatz unter allen 16 Bundesländern	
			1999/2000	2005
Beschäftigte je 1000 Einwohner ¹⁾	327	322	10	6
Ausbildungsplätze ²⁾	7.714	6.669	6	3
BIP je Einwohner in Euro ³⁾	25.107	26.856	8	7
Insolvenzquote ⁴⁾	118	125	5	6
Arbeitslosenquote ⁵⁾	10,9	12,2	9	5

Dynamikvergleich 1999 bis 2005			
	Saarland	Bund	Rangplatz
			2005
Wachstum ⁶⁾	10,3	6,8	2
Beschäftigte ⁷⁾	-5,5	-6,1	7
Arbeitslose ⁸⁾	6,4	20,2	5
Gewerbeanmeldungen ⁹⁾	22,3	21,9	7

1) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, September 1999 und September 2005

2) neu eingetragene Ausbildungsverhältnisse je 1 Mio. Einwohner, 1999 und 2005

3) Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, 1999 und 2005

4) Unternehmensinsolvenzen je 10.000 Unternehmen, 2000 und 2005

5) bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen, März 2000 und März 2006

6) Veränderung des preisbereinigten BIP von 1999 bis 2005 in v.H.

7) Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von September 2000 bis September 2005 in v.H.

8) Veränderung der Zahl der Arbeitslosen von März 2000 bis März 2006 in v.H.

9) Veränderung der Gewerbeanmeldungen 1999 bis 2005 in v.H.

Wie geht es nun weiter? Zunächst zu den **Aussichten** für das **laufende Jahr**. Bundesweit hat der Konjunkturaufschwung an Breite und Stärke gewonnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im ersten Quartal um 0,4 Prozent. Auf ein Jahr hochgerechnet bedeutete dies ein Wachstum von gut 1,6 Prozent. Das liegt genau im Bereich der Vorhersagen der Forschungsinstitute und etwas unter der Jahresprognose des DIHK von zwei Prozent.

Im Saarland war der **Start** in das laufende Jahr **verhaltener als im Bund**. Im ersten Quartal fielen die Zuwächse bei den Umsätzen mit 3,4 Prozent und bei den Auftragseingängen mit minus 2,4 Prozent niedriger aus als bundesweit. Anders als in den Vorjahren konnten der Fahrzeugbau und die Stahlindustrie keine kräftigen Konjunkturimpulse mehr setzen. Im Gegenteil: Beide Branchen mussten Umsatzeinbußen von gut je einem Prozent hinnehmen. In anderen Industriebereichen fielen die Zuwächse dagegen relativ kräftig aus: Das Ernährungsgewerbe, der Maschinenbau, die Gummi- und Kunststoffindustrie sowie die Gießereien konnten im Umsatz um bis zu 25 Prozent zulegen.

Auch im zweiten Quartal dürfte sich die Saarwirtschaft weniger schwungvoll entwickelt haben als die deutsche Wirtschaft im Ganzen. Darauf deuten jedenfalls die Ergebnisse unserer IHK-Konjunkturumfrage hin. Der IHK-Erwartungsindikator, der die Aussichten für die kommenden Monate widerspiegelt, liegt zurzeit deutlich unter dem DIHK-Wert für Deutschland: +3 zu +21. Vor einem Jahr war es noch umgekehrt. Es spricht also wenig dafür, dass wir den Rückstand der ersten Monate noch aufholen werden.

Dies führt uns zu dem Schluss, dass die Saarwirtschaft in diesem Jahr nur knapp mit der Entwicklung im Bund Schritt halten kann. Das Wachstum der Saarwirtschaft wird – wenn auch nur einige zehntel Prozent – hinter dem Bundeswachstum zurückbleiben. Absolut rechnen wir mit einem **Saarwachstum** von **ein bis zwei Prozent**.

Mit besonderer **Sorge** beobachten wir den **Verlust an Arbeitsplätzen** hierzulande. Binnen Jahresfrist ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Saarland um 4.800 oder 1,4 Prozent gesunken – insbesondere, weil Arbeitsplätze in der Industrie verloren gingen.

Maßgeblich hierfür waren vor allem Arbeitsplatzverluste im Bergbau. Hier war die Schließung der Grube Warndt-Luisenthal ausschlaggebend. Aber auch der Fahrzeugbau hat sich zuletzt weniger günstig entwickelt als in den Vorjahren. Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres gingen zum gleichen Vorjahreszeitraum fünf Prozent der Arbeitsplätze verloren. Abgesehen von Firmenkonjunkturen – ein Hauptgrund ist, dass viele Betriebe sich wegen des harten internationalen Preiswettbewerbs gezwungen sehen, alle Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung

konsequent auszuschöpfen. Und dazu gehört auch die Verlagerung arbeitsintensiver Fertigungsbereiche ins kostengünstigere Ausland. Einen Stellenabbau gab es schließlich auch in der Stahlindustrie sowie in der Gummi- und Kunststoffindustrie.

Eher Ausnahmen sind da das Ernährungsgewerbe, der Stahl- und Leichtmetallbau, die Gießereien sowie die Pharmaindustrie. Der Beschäftigungsaufbau in diesen Bereichen reichte aber bei weitem nicht aus, die Verluste in den anderen Branchen auszugleichen. Insgesamt gingen in der Saarindustrie binnen Jahresfrist 2,7 Prozent der Arbeitsplätze verloren. Bundeszahlen liegen noch nicht vor.

Perspektiven 2010

Doch wie geht es weiter? Welche Perspektiven hat die Saarwirtschaft auf mittlere Sicht – bis zum Ende des Jahrzehnts? Dazu jetzt wieder Herr **Dr. Weber**.

Sie alle wissen: Prognosen sind mit großer Unsicherheit behaftet – vor allem, wenn sie in die Zukunft reichen. Wir wollen trotzdem einen Blick in die Zukunft wagen und einige Trends und Tendenzen ansprechen, die die Entwicklung unserer Wirtschaft in den kommenden Jahren bestimmen werden.

- Eine Hypothek ist zunächst ohne Frage die schwierige **Haushaltslage** des Landes. Die hohe Verschuldung lässt schon heute eine gestaltende Politik nur noch in sehr engen Grenzen zu. Fast 38 Prozent des Landeshaushalts entfallen allein auf Personalausgaben, mehr als jeder achte Euro auf Zinszahlungen. Bei den Personalausgaben entfällt ein dynamisch wachsender Anteil auf Pensionszahlungen. Kurzum: Die angespannte Finanzlage bringt auf Jahre hinaus einen relativen Nachteil für unser Land mit sich.
- Schon bis zum Ende des Jahrzehnts werden rund 20.000 Menschen weniger im Saarland leben. Das entspricht einem Rückgang von gut zwei Prozent und wird nicht ohne dämpfende Effekte auf Wachstum, Konsum und Beschäftigung bleiben. Deutschlandweit wird die Bevölkerungszahl dagegen nahezu konstant bleiben.
- Im **Bergbau** werden von heute bis Ende des Jahrzehnts noch einmal zwischen 2.000 und 3.000 Arbeitsplätze verloren gehen. Bis 2008 ist der Rückgang mit einem Minus von 2.000 schon heute fest programmiert. Wie es anschließend weitergeht, hängt ab von der politischen Entscheidung über weitere Kohlesubventionen. Ziemlich sicher ist aber schon jetzt, dass der Bergbau mit Beginn des nächsten Jahrzehnts nur noch rund ein Prozent aller Beschäftigten im Saarland stellen wird.
- Die beiden **Stahlunternehmen** an der Saar sind zwar gut aufgestellt. Allerdings drängen weltweit neue Kapazitäten auf den Markt, insbesondere in Asien. Wenn diese Kapazitätsausweitung in den nächsten Jahren auf eine weniger dynamische Nachfrageentwicklung trifft, dürfte es in der Branche zu einem heftigen Verdrängungswettbewerb kommen. Ob unsere beiden saarländischen Stahlkocher dann noch ähnlich stark zulegen können wie in den vergangenen Jahren ist mehr als fraglich.
- Im **Fahrzeugbau** wird die relative Stärke der Saarbranche zwar anhalten. Ein Mehr an Beschäftigung ist allerdings kaum zu erwarten. Denn der anhaltend scharfe Preiswettbewerb verlangt weiterhin hohe Produktivitätsfortschritte und Anpassungsstrategien wie Outsourcing und Offshoring ins kostengünstigere Ausland.

- Ähnliches gilt für den größten Teil der **übrigen Industriezweige**: Ohne gravierende Verbesserung der Standortbedingungen sind von den klassischen Bereichen wie Maschinen- und Anlagenbau, Elektrotechnik oder auch Lebensmittelindustrie keine wesentlichen Beschäftigungseffekte zu erwarten.
- In den **Technologiebranchen** Informationstechnologie, Health Care sowie Nano- und Biotechnologie ist zwar mit weiteren Zuwächsen zu rechnen. Die dürften aber – schon aufgrund des geringen Ausgangsniveaus – absolut eher bescheiden ausfallen.
- Positive Entwicklungen sind dagegen im **Logistikbereich** zu erwarten. Hier zahlt sich die zentrale Lage des Saarlandes immer mehr aus. Vor allem durch den zunehmenden innereuropäischen Handel sowie dem verstärkten Warenaustausch mit Osteuropa eröffnen sich neue Chancen für die Branche.
- Der **Handel** wird weiter im Zeichen eines anhaltenden Konzentrationsprozesses stehen – im Saarland ebenso wie im Bund. Die Demographie spricht für eine eher unterdurchschnittliche Entwicklung im Saarland – bei Umsätzen ebenso wie bei der Beschäftigung. Hinzu kommt, dass die kräftige Erhöhung der Mehrwertsteuer den Kaufkraftzufluss aus Frankreich und Luxemburg tendenziell dämpfen dürfte.

Unter dem Strich heißt das: Zurzeit spricht wenig dafür, dass sich die Saarländische Wirtschaft in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts noch einmal so positiv von der bundesdeutschen Wirtschaftsentwicklung abkoppeln kann, wie es ihr in der ersten Hälfte gelungen ist. Wahrscheinlich ist eher eine Entwicklung im Gleichschritt mit dem Bund. Und dazu bedarf es bereits erheblicher Anstrengungen.

Entscheidend ist, dass die Landesregierung konsequent an ihrem Kurs der Standortaufwertung festhält. Auf diesem Gebiet ist in den letzten Jahren zwar einiges geschehen. Aber auch andere Bundesländer haben eine erfolgreiche Politik der Standortaufwertung betrieben. Wir dürfen deshalb in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

In den vergangenen Jahren hat sich unsere IHK wiederholt zu den Themen Gewerbesteuer, Anzahl der Feiertage, wirtschaftliche Betätigung der Kommunen, Gesundheitskosten sowie Hochschulentwicklung und Ingenieurausbildung geäußert. Bei all diesen Themen sehen wir die Landesregierung weiterhin in der Pflicht.

Wir wollen heute nicht nochmals auf sie eingehen, sondern uns stattdessen mit einem der wichtigsten Zukunftsthemen des Landes befassen: der Schulpolitik.

Ein Masterplan für die Schulpolitik

Die Frage, wie wir unsere jungen Menschen ausbilden und auf ihr künftiges Erwerbsleben vorbereiten, ist entscheidend für die langfristigen Wachstumschancen unseres Landes. Unsere Antwort darauf entscheidet über die Verfügbarkeit an klugen Köpfen, über Erwerbsbeteiligung und Innovationstempo. Eine gute Schulpolitik macht aber auch kurzfristig den Standort attraktiver – für leistungsfähige junge Familien, die für ihre Kinder eine bestmögliche Ausbildung suchen. Und zu guter Letzt ist eine bestmögliche Ausbildung unseres Nachwuchses ein Stück Überlebensstrategie:

- weil die Zahl der Kinder und Jugendlichen in den nächsten Jahren rapide abnehmen wird,
- und weil gleichzeitig der Anteil derjenigen, die aus bildungsfernen Schichten kommen, weiter zunehmen wird.

Mit anderen Worten: Die Bildungspolitik von heute entscheidet über unseren Wohlstand von morgen – unsere Wettbewerbsfähigkeit beginnt (oder endet) im Klassenzimmer.

Deshalb ist es gut, dass die Landesregierung bereits damit begonnen hat, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen: Mit einer verkürzten Gymnasialzeit. Mit einem Lernbeginn schon im letzten Kindergartenjahr. Mit verstärktem Unterricht in den Kernfächern und landesweiten Leistungstests. Die vor einigen Jahren eingeleitete Qualitätsoffensive trägt sogar schon erste Früchte. So ist der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss gegenüber den Vorjahren deutlich zurückgegangen – von knapp zehn Prozent auf gut fünf Prozent.

Allerdings ist noch immer fast jeder siebte Jugendliche, der eine duale Ausbildung anstrebt, nur bedingt ausbildungsfähig. Das kann und darf nicht so bleiben! Weitere Fortschritte sind also nötig, wenn das Saarland im Wettbewerb der Regionen weiter mithalten oder sogar an Boden gewinnen soll. Denn auch andere Bundesländer haben die Bildungspolitik als Schlüsselgröße ihrer Zukunftsfähigkeit erkannt und entsprechend reagiert. Stillstand wäre also bald Rückschritt.

Deshalb brauchen wir so schnell wie möglich einen umfassenden **schulpolitischen Masterplan** – eine auf zehn Jahre angelegte Reformagenda, die konkrete Umsetzungsschritte auf einer definierten Zeitachse festlegt.

Herzstück sollte eine **Organisationsreform** bilden, die viel bringt und wenig kostet. Die Leitidee muss lauten: Mehr Freiheit *für* unsere Schulen, mehr Wettbewerb *zwischen* ihnen! Es geht also darum, die Schulen Zug um Zug in Freiheit und Eigenverantwortung zu entlassen. Auf Dauer sollten die Schulen eigenverantwortlich entscheiden können,

- wie sie ihr Budget gestalten,
- welche Lehrer sie einstellen,
- wie die Leitungsfunktionen besetzt werden,
- welchen Fächerkanon sie jenseits der Kernfächer anbieten,
- mit welchen pädagogischen Konzepten sie ihren Schülern Fähigkeiten, Wissen und Können vermitteln.

Kurzum: Wir müssen unsere Schulen in die Lage versetzen, sich wie kundenorientierte *Dienstleister* zu verhalten. Vor wenigen Tagen hat Kultusminister Jürgen Schreier einen Modellversuch „Selbstständigkeit von Schulen“ angekündigt. Wir begrüßen diesen Schritt ausdrücklich – die IHK war ja selbst sehr intensiv in den Diskussionsprozess einbezogen. Allerdings hätten wir uns dabei einen breiteren Ansatz und ein höheres Tempo gewünscht. Konkret: statt eines kleinen Modellversuches mit nur wenigen Schulen einen Stufenplan für *alle* saarländischen Schulen. Mit definierten Etappen und einem festen Endziel. Mit größeren Spielräumen als sie der jetzige Modellversuch einräumt. Und mit variablen Geschwindigkeiten. Warum sollen wir es nicht den Schulen selbst überlassen, einzelne Etappenziele früher zu erreichen?

Denn wir sind uns bewusst: Organisatorische Veränderungen erfordern Lernprozesse bei allen Beteiligten. Ein Modell der variablen Geschwindigkeiten würde es den Langsameren erlauben, von den Schnelleren zu lernen und von deren Erfahrungen zu profitieren. Und sicher könnte es den Zauderern auch etwas von ihrer Angst nehmen.

Nach der Wende ging einmal (in Abwandlung eines Liedtextes von Reinhold Mey) der Spruch um „Die Angst vor der Freiheit muss wohl grenzenlos sein ...“ Ich rate allen Beteiligten zu mehr Mut: Eigenverantwortung kann enorme Reserven freisetzen. Sie *fordert* – aber sie *motiviert* auch.

Dass eine solche Strategie Erfolg verspricht, belegen im Übrigen auch die Ergebnisse von Pisa. Dort schneiden vor allem jene Länder gut ab, die ihren Schulen einen möglichst großen Handlungs- und Gestaltungsspielraum gewähren. Das wäre doch ein gutes Motto im WM-Jahr: Lernen von den (PISA-)Weltmeistern!

Das zweite Stichwort heißt „Lernen schon im Kindergarten“

Wir müssen spätestens im dritten Kindergartenjahr damit beginnen, vorschulische Inhalte zu vermitteln. So können die Kinder spielerisch und ohne Druck frühzeitig auf den neuen Lebensabschnitt Schule vorbereitet werden. Es ist gut, dass die Landesregierung diesen Weg gehen will. Konsequenter wäre es, dieses Vorschuljahr dann auch für alle Kinder verpflichtend zu machen. Mit der Übernahme der Elternbeiträge durch das Land ist der erste Schritt dazu bereits getan.

Der dritte Punkt heißt „Frühere Einschulung“

Auch in der Schule selbst muss das **Lernen früher** beginnen. In kaum einem anderen Land werden die Kinder so spät eingeschult wie in Deutschland. Die Landesregierung sollte das Einschulungsalter deshalb Schritt für Schritt senken. Wenn wir das Alter der Schulpflicht in jedem Jahr auch nur um *einen Monat* senken, haben wir in weniger als zehn Jahren das Niveau unserer europäischen Nachbarn erreicht – ohne zusätzliche Ausgaben und ohne jedes Organisationsproblem.

Viertens geht es um die bessere Förderung „sprachferner“ Schüler

Ein wachsender Anteil unserer Schüler beherrscht die deutsche Sprache nicht mehr ausreichend. Viele davon haben Deutsch niemals als Muttersprache gelernt. Diese Erfahrung machen auch unsere Ausbildungsbetriebe. Da das Beherrschen der Sprache eine elementare Voraussetzung für das Erlernen aller weiterer Wissensinhalte ist, müssen diese Defizite möglichst frühzeitig behoben werden – in „Sprachlernklassen“ etwa, die bereits im Kindergarten beginnen und in den Grundschulen fortgesetzt werden. Die Erfahrung lehrt: Was in diesen Jahren versäumt wird, lässt sich kaum jemals wieder nachholen!

Punkt fünf der Agenda: Mehr Chancengerechtigkeit durch Ganztagsbetreuung

Wir brauchen vermehrt Ganztagsangebote, die darauf zielen, die Schwachen zu fördern und die Starken zu fordern. Das ist nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Wir verschenken auch wichtiges Potenzial, wenn wir es nicht tun. Der Schwerpunkt muss bei der Vermittlung von Wissen und Kompetenzen liegen – nicht bei Betreuung und „Aufbewahrung“. Dazu brauchen wir Lehrer und Pädagogen. Die Finanzierung sollte aus Mitteln erfolgen, die wir aufgrund der Demographie im Grundschulbereich einsparen können. Im Übrigen halte ich auch einen angemessenen Elternbeitrag für zumutbar.

Zu all dem – und das ist mein sechster und letzter Punkt – muss eine **Reform der Lehrerausbildung** hinzukommen – nicht als das wichtigste, aber als ein *notwendiges* Element der Reformagenda. Denn die Herausforderungen, vor denen unsere Lehrer heute stehen, sind größer denn je: Immer mehr Migrantenkinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse, immer mehr Kinder mit Erziehungsdefiziten oder mit Konzentrationsschwäche aus übermäßigem Fernseh- und PC-Konsum kommen in unsere Schulen.

Weil wir diesen Befund kurzfristig nicht ändern können, müssen Schulen und Lehrer zusätzliche Erziehungsverantwortung übernehmen. Sie müssen – wohl oder übel – das leisten, was die Eltern heute weniger leisten können oder wollen. Dafür müssen wir die Lehrer bestmöglich rüsten. Wir müssen sie in die Lage versetzen, verstärkt Werte, Tugenden und soziale Kompetenzen zu vermitteln.

Zweierlei scheint dazu wichtig: **Erstens** sollte die Ausbildung der Lehrer auf die Arbeit mit Kindern einer bestimmten *Altersgruppe* zugeschnitten sein. Denn mit unterschiedlichem Alter sind auch unterschiedliche Entwicklungsstufen verbunden. **Zweitens** sollte das Studium *dual* angelegt sein, also in enger Kooperation zwischen der Hochschule und der ausbildenden Schule erfolgen.

Zu guter Letzt – bitte gestatten Sie mir diese Anmerkung – sollten wir unsere Lehrer auch *nach* ihrer Ausbildung nicht im Stich lassen. Indem wir Ihnen – neben einer besseren Ausbildung – auch wieder die notwendigen Disziplinierungsmittel an die Hand geben.

Damit komme ich zum Schluss. Und auch wenn ich mich wiederhole: Unsere Demographie ist unser Schicksal. Die Zahl der Schulabsolventen wird bereits in zehn Jahren um ein Viertel unter dem heutigen Stand liegen. Diese Tatsache ist unabwendbar. Denn die Betroffenen sind ja alle schon geboren (oder nicht). Deshalb müssen wir alle Chancen nutzen, den spärlicher werdenden Nachwuchs bestmöglich zu bilden und auszubilden. In diesem Sinne ist Bildungspolitik *heute* die beste Wachstumspolitik für *morgen*. Noch können wir unser „Schicksal Demographie“ wenigstens *gestalten*.